

# Der Präsident hebt ab

### Kaum im Amt, muss Ex-Pilot Radew in Bulgarien Neuwahl ausreiben

**Warschau** – 21 Salutschüsse, Glockengeläut und klirrende Kälte haben Rumen Radew am Sonntag bei seiner Amtseinführung vor der Alexander-Newski-Kathedrale begleitet, dem Wahrzeichen der Hauptstadt Sofia. Nun muss der neue Präsident Bulgariens gleich zu Beginn seiner Amtszeit eine Übergangsregierung ernennen und vorzeitige Neuwahlen ausschreiben: Das EU-Mitglied Bulgarien steckt in einer Regierungskrise. Und die hatte der neue Staatschef noch vor seinem Amtsantritt unfreiwillig selbst ausgelöst.

Radew war bis Sommer 2016 Bulgariens Luftwaffenkommandeur gewesen, er hatte keinerlei politische Erfahrung. Wohl auch deswegen – und wegen der schwachen Gegenkandidatin in der Regierungspartei – wählten die Bulgaren, die ihre Politiker skeptisch betrachten, den Ex-Offizier im November zum Präsidenten. Weil seine farblose Kandidatur gegen Radew unterlegen war, trat Ministerpräsident Boyko Borissov von der europafreundlichen und sehr populären GERB-Partei daraufhin zurück. Mehrere Anläufe, eine neue Regierung zu bilden, scheiterten. Deshalb ist nun eine vorgezogene Parlamentswahl erforderlich.

Radew kündigte nach seiner Vereidigung an, er werde das Parlament voraussichtlich in einer Woche auflösen; im März könnte gewählt werden. Ob er die bisherige Regierung geschäftsführend im Amt lassen oder eine eigene Übergangsregierung ernennen will, ließ er offen. Bulgariens Präsident übte zwar ein Großteils nur zeremonielles Amt aus. In Krisenzeiten jedoch gewinnt der Präsident an Bedeutung. Er kann sein Veto gegen Gesetze einlegen oder sie zur Überprüfung an das Verfassungsgericht schicken. Zudem vertritt er das Land oft im Ausland.

Radews Amtsvorgänger Rosen Plewneljew trat etwa nach der russischen Annexion der Krim und Moskaus Stellvertreterkrieg in der Ostukraine als harter Kritiker Russlands auf. Er befürwortete die EU-Sanktionen gegen Moskau und warnte vor russischen Versuchen, mit der Förderung rechtspopulistischer Parteien in Europa die Europäische Union von innen heraus zu schwächen oder gar zu zerstören.

### Radew will ein Ende der EU-Sanktionen gegen Moskau

Auch Radew nannte vor seiner Vereidigung die russische Annexion der Krim völkerrechtswidrig. Sie sei „de jure ukrainisch und de facto russisch“. Gleichwohl sollten die Sanktionen gegenüber Moskau aufgehoben werden, weil sie der EU und schwachen Volkswirtschaften wie Bulgariens schaden. Radew betonte, er stelle Bulgariens Mitgliedschaften in Nato oder EU dabei aber nicht infrage. Einer Gallup-Umfrage zufolge ist zehn Jahre nach Sofias Beitritt zur EU nur ein Viertel der Bulgaren dafür, aus der EU auszutreten.

Bulgariens außenpolitische Linie wird aber nicht vom Präsidenten, sondern von der künftigen Regierung bestimmt. Die Sozialisten sind geschwächt. Auch die europafreundliche GERB-Partei wäre im Fall eines neuerlichen Wahlsieges auf Koalitionspartner angewiesen. Viele andere Parteien vertreten aber teils moskaufreundliche Positionen. Russland kontrolliert zudem einen großen Teil der bulgarischen Ökonomie: Konservative Schätzungen zufolge geht es um ein Viertel bis 40 Prozent der Wirtschaft, wenn auch von russischen Partnern abhängige Firmen berücksichtigt werden, kalkuliert das Zentrum für das Studium der Demokratie in Sofia kürzlich in einer Studie. **FLORIAN HASSEL**

VON DETLEF ESSLINGER

**Frankfurt** – Ist es das Problem der Animatoure, dass sie Probleme haben, ohne davon zu wissen?

Konrad Erzberger, 30, ist kein Animatour; sein Milieu ist das einer Bank in Berlin, bei der er die Bezeichnung „Business Development Manager“ trägt. Er hält zum Anteil an dieser Bank, so wie er auch Aktien des Touristikonzerns Tui besitzt.

„Ein paar“, sagt er auf Nachfrage, „wie viele, habe ich jetzt nicht im Kopf.“

„Du hast weder besonders viele noch besonders wenige“, sagt Jochen Brandhoff, sein Anwalt.

In vielen Ferienhotels von Tui, in vielen Ländern, sind Animatoure beschäftigt. Konrad Erzberger erklärt an ihrem Beispiel, warum es ihm geht. In der Öffentlichkeit ist der Mann derzeit noch unbekannt. Das aber würde sich gewiss ändern, falls er mit seiner Klage durchkommt, über die am Dienstag der Europäische Gerichtshof in Luxemburg verhandelt. Erzberger will sich nicht damit zufriedengeben, wie der Aufsichtsrat des Tui-Konzerns besetzt ist. Nach dem Mitbestimmungsgesetz besteht

### Der Kläger arbeitet in einer Bank mit 70 Mitarbeitern. Einen Betriebsrat haben sie dort nicht

das Gremium aus jeweils zehn Repräsentanten der Eigner und zehn der Arbeitnehmer. Erzberger greift an, dass nur diejenigen Arbeitnehmer an den Wahlen der Arbeitnehmer-Aufsichtsräte mitwirken dürfen, die für Tui in Deutschland arbeiten – nicht aber diejenigen im Ausland. Tui beschäftigt in Deutschland 10.000 Menschen, in anderen EU-Staaten insgesamt fast 40.000.

„All die Animatoure vor Ort können nicht mitbestimmen“, sagt Konrad Erzberger. „Dadurch kommt es zu Verzerrungen im Aufsichtsrat an der Konzernspitze.“ Er sagt, das Mitbestimmungsgesetz diskriminiere Arbeitnehmer deutscher Konzerne, die außerhalb Deutschlands arbeiten. Damit verstöße es gegen EU-Recht.

Gäben die Luxemburger Richter ihm recht, hieße das: Der Aufsichtsrat bei der Tui ist rechtswidrig zusammengesetzt, zumindest was die Arbeitnehmer betrifft. Deren Vertreter hätten darin nichts länger zu suchen. Und was bei der Tui rechtswidrig wäre, wäre es naturgemäß bei allen anderen Kapitalgesellschaften auch. Die Konsequenz: Vorerst nirgendwo mehr ein Arbeitnehmer im Aufsichtsrat, die Eigner wären unter sich. Die Mitbestimmung im Aufsichtsrat, in mehr als 600 Firmen, wäre vorerst am Ende.

Warum sorgt sich ein Bankmanager um Animatoure? Könnte man es nicht gestrotzen selbst überlassen, für ihre Rechte zu klagen, sollten sie die verletzt sehen?

Bei den Gewerkschaften verhehlen sie eine gewisse Aufregung nicht. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann nennt Erzberger und seine Prozessvertreter nur: „ihn und seine Claqueure aus der Rechtswissenschaft“. Peter Scherrer, der (deutsche) Vize-Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, bezeichnet Erzbergers Klage als „Bedrohung“. Die EU-Kommission hat beim Gerichtshof eine Stellungnahme eingereicht, die viel Sympathie für die Klage erkennen lässt, und mitunter folgt der Gerichtshof der Meinung, die die Kommission ihm vorlegt.

„Ich weiß“, sagt Konrad Erzberger, „bei deutschen Gewerkschaften bin ich gerade unbeliebt.“ Er sagt, er wolle die Mitbestimmung aber gar nicht abschaffen. Im Gegenteil, er wolle, dass künftig auch die Tui-Arbeitnehmer aus den anderen EU-Staaten ihren Sachverstand in den Aufsichtsrat einbringen dürfen. 40.000 Arbeitnehmer dort – das seien 80 Prozent des Tui-Personals. „Ich bin ein disruptiver, von Idealismus geleiteter Investor, der diese Sache ein für allemal klären will.“



ILLUSTRATION: STEFAN DIMITROV

# Weg da!

Seit 40 Jahren gibt es die deutsche Mitbestimmung. In vielen Aufsichtsräten sitzen Eigner und Arbeitnehmer. Am Dienstag will ein Banker vor dem Europäischen Gerichtshof erreichen, dass die Arbeitnehmer ihre Sitze räumen

Er sitzt in der Frankfurter Wirtschaftskanzlei Brandhoff, Obermüller und Partner, an einem weißlackierten Konferenztisch; nur zusammen mit seinen Prozessvertretern Jochen Brandhoff und Caspar Behme hat er sich treffen wollen. Brandhoff sagt, wer für Mitbestimmung im Aufsichtsrat sei, der könne doch nicht zugleich diese Mitbestimmung – wie bei der Tui – auf bloß 20 Prozent dieser Arbeitnehmer beschränken. Vom zentralen Gegenargument der Gewerkschaften halten die beiden Anwälte nichts. Es lautet: Deutsches Mitbestimmungsrecht gelte nur in Deutschland, der deutsche Gesetzgeber könne im Ausland keine Aufsichtsratswahlen anordnen oder garantieren. Caspar Behme, der andere Anwalt, sagt: „Der Gesetzgeber könnte etwa den Vorstand eines Konzerns in die Pflicht nehmen, dieses Wahlen durchzuführen. Das kann mir doch keiner erzählen, dass ein Vorstand dazu nicht die Macht hätte.“

Der Europäische Gerichtshof hat dieses Verfahren übrigens nicht an sich gerissen. Es ist ihm zugefallen. Konrad Erzberger hat auch schon Aktien von Hornbach, der Baumarktkette, sowie der Baywa, dem Münchner Agrar-, Energie- und Baukonzern, gekauft, um dort die Aufsichtsräte für rechtswidrig erklären zu lassen; bislang vergeblich. Im Fall der Tui war jedoch das Berliner Kammergericht zuständig, und das wies ihn nicht ab, sondern hielt seinen Vortrag für so bedenkenwert, dass es seine Klage nach Luxemburg überwiebs. Für bedenkenwert hielt es nicht nur das Diskriminierungsargument, sondern

auch einen weiteren Vorwurf Erzbergers: dass die Freizügigkeit der Arbeitnehmer durch das deutsche Mitbestimmungsrecht verletzt sei. Es halte einen deutschen Arbeitnehmer womöglich davon ab, in ein anderes EU-Land zu wechseln.

Reiner Hoffmann, der DGB-Chef, und Ingo Kramer, der Arbeitgeberpräsident, haben in einem gemeinsamen Artikel für *Handelsblatt* geschrieben, vor einem Wechsel ins EU-Ausland werde ein Arbeitnehmer vieles erwägen: Bezahlung, Karrierechancen, ob die Familie mitmacht. „Seine



**Konrad Erzberger, 30, Bankmanager und Investor in Berlin. Er versuchte schon bei der Baumarktkette Hornbach sowie beim Mischkonzern Baywa, die Arbeitnehmer aus den Aufsichtsräten entfernen zu lassen. Dort vergeblich. FOTO: OH**

erste Frage ist aber sicher nicht, ob er dann noch die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat mitwählen kann. Wer so etwas vorträgt, ist fern jeder Praxis.“

Konrad Erzberger und seine Anwälte argumentieren ein bisschen anders. Sie führen den Arbeitnehmer an, der zugleich Aufsichtsrat ist. Der drohende Verlust seines Mandats halte ihn womöglich davon ab, sich auf eine Stelle in Frankreich oder Spanien zu bewerben.

Gibt es solche Fälle? Erzberger, Brandhoff und Behme nennen keine. Jochen Brandhoff sagt: „Ein Aufsichtsrat ist nun mal klein, und darum ist natürlich auch nur eine zahlenmäßig kleine Gruppe betroffen. Ein Arbeitnehmer, der in den Aufsichtsrat möchte, wird aber eindeutig an einem Wegzug gehindert, wenn er dann nicht mehr in den Aufsichtsrat darf.“

Erst die Sorge um den unbekanntem Animatour, nun die um den unbekanntem Aufsichtsrat. Wem soll man so etwas abnehmen? Worum geht es Konrad Erzberger wirklich? „Ich will an der Mitbestimmung nicht rütteln“, sagt der Mann; er hebt die Hände dabei. Sollte er Erfolg haben, werde die Mitbestimmung in Deutschland ja nicht eingestellt. Sondern der Gesetzgeber werde sie reformieren. Die Mitbestimmung sei doch Konsens hier. Will hier ausgerechnet ein Bankmanager und Aktionär nicht weniger Mitbestimmung, sondern mehr davon durchsetzen? Ja, sagt Erzberger. „Ich glaube schon“, fügt er hinzu.

Die Kanzlei Brandhoff, Obermüller und Partner wird von Anwälten betrieben, die überwiegend in ihren Dreißigern und frühen Vierzigern sind. Es gibt Club-Mate, direkt aus der Flasche. Nicht nur der Konferenzstisch ist in Weiß, sondern alle Möbel sind das – wer ein Lebensgefühl sucht, das möglichst weit weg ist von dem, das man in einem Büro des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) oder einer Hans-Böckler-Stiftung besichtigen kann; voila.

Caspar Behme, der Anwalt, sagt: „Beim DGB fürchten sie um die nicht unerheblichen Tantiemen, die die Arbeitnehmerver-

treter an die Böckler-Stiftung abführen.“ Behme weiß bestimmt sehr genau, was er da gerade sagt. Der DGB nominiert stets nur Kandidaten als Arbeitnehmer-Aufsichtsräte, die bereit sind, mehr als 90 Prozent der Tantiemen an Böckler abzuführen. Hätte die Klage beim EuGH Erfolg, wäre zwar noch nicht klar, was am Ende aus der Mitbestimmung würde. Was aber klar wäre: dass Arbeitnehmer-Vertreter, die aus den Aufsichtsräten fliegen, auch keine Tantiemen mehr an die Stiftung abführen können – die sich zu fast 60 Prozent daraus finanziert. Sie geriete von einem Tag auf den anderen in existenzielle Not. Mit nur einem Satz hat Rechtsanwalt Behme das Horrorgemälde gezeichnet.

Die Bank, bei der Konrad Erzberger angestellt ist, heißt Solarisbank. Seit einem Jahr hat sie die Lizenz, die Website verrät, dass 70 Mitarbeiter aus 21 Ländern mit einem Durchschnittsalter von 31 Jahren dort arbeiten. 70 Mitarbeiter, nach dem Betriebsverfassungsgesetz heißt das: Sie hätten das Recht auf fünf Betriebsräte.

„Einen Betriebsrat gibt's bei uns nicht“, sagt Konrad Erzberger.

Warum?  
„Darum hat sich noch keiner gekümmert.“

Könnte denn er nicht dazu animieren – da ja Mitbestimmung sein Anliegen sei?

„Könnte ich mal“, antwortet Konrad Erzberger. Er macht einen überaus amüsieren Eindruck dabei. Als ob ihm die Vorstellung sehr fremd ist, dass irgendwer in dieser sehr jungen, sehr aufstrebenden Solarisbank so etwas brauchen könnte.

# Erdoğan startet in den Wahlkampf

Schon Anfang April könnte in der Türkei das Verfassungsreferendum stattfinden

**Istanbul** – In der Türkei hat der Wahlkampf für ein Referendum über die künftigen Machtbefugnisse von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan begonnen. Wenige Stunden, nachdem das Parlament mit Dreifünftelmehrheit für eine Verfassungsreform mit dem Ziel des Übergangs zum Präsidentsystem gestimmt und damit den Weg zur Volksabstimmung geebnet hatte, sagte Erdoğan, er glaube, das Volk werde „Hand in Hand“ und „Tag und Nacht“ für den Erfolg der Reform arbeiten. Die Nation werde, „so Gott will, die richtige Antwort geben“. Die Türkei lege gerade das „Fundament ihrer Zukunft“.

In der Nacht zu Samstag hatte das Parlament in Ankara mit 339 der 550 Stimmen den umstrittenen Entwurf für eine Verfassung gebilligt. Sollte sich Erdoğan auch im Referendum durchsetzen, setzt er den Schlusspunkt einer Debatte, die 2007 begann. Damals wurde per Verfassungsänderung festgelegt, dass die Bürger direkt über ihr Staatsoberhaupt abstimmen können. Erdoğan gewann die Wahl 2014 mit 52 Prozent der Stimmen. Aus diesem Erfolg leitet er seinen Anspruch auf mehr Einfluss ab.

Die Verfassungsreform würde das politische System in der Türkei grundlegend ändern. Der Präsident würde zugleich als Staats- und Regierungschef amtieren und könnte weitgehend per Dekret regieren. Sein Einfluss auf die Justiz würde zunehmen, indem er bei der Besetzung entscheidender Richterämtern maßgeblich mitentscheidet. Die Reform würde es Erdoğan auch wieder erlauben, Vorsitzender der von ihm gegründeten Partei, der AKP, zu werden. Die Zahl der Abgeordneten soll von 550 auf 600 steigen. Parlamentarische Anfragen gibt es nur noch schriftlich an die

Vizepräsidenten und Minister. Neuwahlen können sowohl das Parlament als auch der Präsident auslösen, sie sind aneinander gekoppelt und sollen am gleichen Tag stattfinden. Die Amtszeiten des Präsidenten wären zwar weiterhin auf zwei begrenzt, die Zählung würde unter dem neuen Präsidentsystem aber mit der für November 2019 geplanten Wahl neu beginnen. Bis dahin befindet sich das Land im Übergang.

### CHP-Chef Kılıçdaroğlu spricht nach dem Votum des Parlaments von einer „Katastrophe“

Erdoğan und seine Regierung argumentieren, der Wechsel zum Präsidentsystem türkischer Prägung werde dem Land Stabilität bringen. Dies soll auch im Mittelpunkt der Kampagne stehen. Nach Angaben der Regierung soll die Volksabstimmung voraussichtlich Anfang April abgehalten werden. Nach derzeitigem Stand würde die Wahl in dem von der Regierung nach dem Putschversuch im Sommer verhängten Ausnahmezustand durchgeführt, in dem etwa das Versammlungsrecht eingeschränkt ist. Bei der Volksabstimmung ist nur eine einfache Mehrheit notwendig.

Zunächst hatte es in der Regierung geheißt, ein Wahlkampf im Ausnahmezustand sei nicht vorgesehen. Zuletzt war die Regierung von dieser Position wieder abgerückt. Seit Sommer vergangenen Jahres sind zahlreiche regierungskritische Medien geschlossen und etliche Journalisten und Oppositionspolitiker wegen des angeblichen Terrorverdachts verhaftet worden.

Oppositionsführer Kemal Kılıçdaroğlu sprach nach der Wahl im Parlament von einer „Katastrophe“ und kündigte einen ent-

schlossenen Kampf gegen die Reform an. Kurz nach der Abstimmung hatte er seine Fraktion zu einer Sondersitzung zusammengerufen und vor den Parlamentariern erklärt: Der 21. Januar 2017 stehe für den Tag, an dem das Parlament seine Macht einem anderen übertragen habe. Es habe „Verrat an der eigenen Geschichte begangen“. Neben der CHP ist die prokurdische Oppositionspartei HDP gegen das Präsidentsystem. Ihr Chef Selahattin Demirtaş hatte seine Partei bei der Wahl im Sommer 2015 unter anderem mit dem Versprechen ins Parlament geführt, niemals zuzulassen, dass sich Erdoğan zum Superpräsidenten macht. Anfang November ist Demirtaş wegen angeblichen Terrorverdachts von den türkischen Behörden festgenommen worden. Er sitzt wie die Co-Chefin der Partei in Haft.

Regierungschef Binali Yıldırım bedankte sich nach der Schlussabstimmung beim Vorsitzenden der ultranationalistischen Partei MHP, Devlet Bahçeli. Erst die MHP hatte der Reform zum Durchbruch im Parlament verhelfen können. Der AKP fehlten in der Großen Nationalversammlung mindestens 14 Stimmen, um Erdoğan's Plan der Bevölkerung überhaupt zur Entscheidung vorlegen zu können.

Im Oktober hatte die MHP überraschend ihren Widerstand gegen das Präsidentsystem aufgegeben und erklärt, offen für ein Referendum zu sein. Den Entwurf für die Verfassungsänderung hatte die AKP eng mit der MHP-Führung abgestimmt. Das Votum im Parlament galt auch als Stabilitätstest für die neue Allianz der beiden Parteien. Aus AKP-Kreisen verlautete, auch im Wahlkampf für das Referendum solle die Kooperation fortgesetzt werden. **MIKE SZYMANSKI > Seite 4**

# Nichts ist unmöglich

Frankreichs Sozialisten suchen einen Kandidaten, der Präsident werden könnte

**Paris** – Im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur von Frankreichs Sozialisten zeichnete sich am Sonntagabend ein Richtungskampfab: Der Linkssozialist Benoît Hamon sowie Ex-Premierminister Manuel Valls, ein Kopf des rechten Parteiflügels, ziehen in die Stichwahl am kommenden Sonntag ein. Nach Auszählung der Stimmen in der Hälfte aller Wahlbüros kam Hamon auf etwa 36 Prozent der Stimmen, Valls erzielte 31 Prozent. Hamon hat damit überraschend gute Chancen, die Spitzenkandidatur und Führung der Partei zu erobern. Der Drittplatzierte Arnaud Montebourg (18 Prozent), der als linker Nationalist eine protektionistische Politik des „Made in France“ propagiert hatte, rief seine Genossen noch am Abend auf, am 29. Januar für Hamon zu stimmen.

Während des kurzen Wahlkampfes war es Hamon gelungen, die Debatten der Sozialisten etwa mit dem Vorschlag eines Grundeinkommen von 600 Euro für alle Franzosen sowie der Forderung nach einer radikalen „Neugründung“ der Partei zu beherrschen. Damit begeisterte er vor allem junge, urbane Wähler. Hamon hatte sich seit 2014, als er wegen Kritik an der marktorientierten Wirtschaftspolitik von Präsident François Hollande entlassen worden war, als linker Parteirebell („Frondeur“) profiliert. Valls, der Favorit des PS-Establishments, hatte hingegen den Kurs von Amtsinhaber Hollande verteidigt. Das Votum von Sonntag ist somit auch eine Abrechnung der PS-Basis mit ihrem eigenen Präsidenten.

Laut Umfragen kann kein PS-Kandidat darauf hoffen, im Mai erneut das Präsidentenamt für die Linke erobern zu können. Am Sonntagnachmittag gingen ungefähr 1,8 Millionen linke Vorwähler an die Urnen

– weit weniger als noch 2011 (2,7 Millionen). An der Vorwahl der oppositionellen Republikaner im November nahmen 4,3 Millionen Franzosen teil.

Die PS-Führung hatte gehofft, ihr Bewerber für die Präsidentschaftswahl könne mittels hoher Wahlbeteiligung neue Legitimität erlangen. Denn erstmals seit vier Jahrzehnten sehen die Sozialisten ihre Stellung als führende Kraft der französischen Linken gefährdet. Zwei Konkurrenten, die sich der Vorwahl vom Sonntag verweigert hatten, liegen laut Umfragen klar vor jedem PS-Aspiranten: Am linken Rand kann der Radikalsozialist Jean-Luc Mélenchon auf bis zu 15 Prozent hoffen. Und in der lin-

ken Mitte des Spektrums reüssiert der sozialliberale Emmanuel Macron, der mit seiner Bewegung „En Marche!“ vor allem junge Menschen und Wähler aus der gebildeten Mittelschicht anzieht. Der 39-jährige Ex-Wirtschaftsminister liegt mit etwa 20 Prozent auf Platz drei der Umfragen, hinter der rechtsextremen Marine Le Pen (26 Prozent) und dem rechten Republikaner François Fillon (25 Prozent).

Dennoch sieht Jean-Christophe Cambadélis, der erste Parteisekretär der Sozialisten, seine Genossen nicht geschlagen. Es sei „nicht unmöglich“, dass der Kandidat seines „Parti socialiste“ im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl Ende April in die Stichwahl am 7. Mai schaffe. „Diese Wahl ist offener als alle anderen zuvor in der Fünften Republik“, meinte der 65-jährige Funktionär unmittelbar vor der Vorwahl im Gespräch mit der SZ. Der Aufstieg des Front National habe das traditionelle Zwei-Parteien-System zu einem „tripartisme“ erweitert. „Frankreich erlebt eine regelrechte Balkanisierung seiner Politik“. Der PS-Sekretär hofft, dass der PS-Aspirant nach seiner Kür in der Stichwahl „einen Boom erleben“ und zumindest den Rückstand gegenüber Mélenchon und Macron aufholen wird.

So ruft Cambadélis die Linke zur Einheit auf: „Nur eine ‚totale Linke‘ kann gegen die extreme Rechte und die ‚totale Rechte‘ bestehen.“ Cambadélis zielt vor allem auf Macron, den politischen Ziehsohn Hollandes („Macron hat ihn betrogen“). Macron solle sich bitteschön zurückziehen. Das umgekehrte Szenario – einen Verzicht des PS-Kandidaten zum Vorteil Macrons – schließt Frankreichs oberster Sozialist kategorisch aus: „Nein, das ist nicht möglich!“ **CHRISTIAN WERNICKE > Seite 4**



**Emmanuel Macron macht dem Parti Socialiste erfolgreich Konkurrenz. FOTO: AFP**